

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe Januar 2019

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Norbert Häring: Ein Gelbwestenprogramm für Deutschland 2019**
- **Adam Creighton: EU-Austritt ohne Abkommen wird Großbritannien kaum schwächen**
- **Erik Albrecht: Englische Stadt hat genug vom Kapitalismus**
- **Karin Leukefeld: 70 Jahre UNO-Menschenrechtscharta**
- **Shir Hever: Israel zw. Neoliberalismus u. Kolonialismus**
- **Mosche Zuckermann: Der allgegenwärtige Antisemit oder Die Angst vor der Vergangenheit**
- **Daniele Ganser: Der Kampf um unsere Köpfe**
- **Rainer Mausfeld: Dissensmanagement durch Zersetzung und Spaltung**
- **Paul Linke: Deutschland als NATO-Speerspitze: "Weitere Aufrüstung und Eskalation mit Russland"**
- **Aktionsbündnis fordert Google auf, Bundeswehr-Werbung bei YouTube zu stoppen**
- **F. William Engdahl: Die USA haben sich in eine Oligarchie verwandelt**
- **Ralf Wurzbacher: Der verkaufte Patient**
- **Doris Schultz: Mein Körper gehört mir**
- **aerzteblatt.de: Rheinland-Pfalz sieht Genossenschaft als Modell für Landarztpraxen**
- **Isabell Stettin: Die Weisheit der alten Frauen**

**Zitat des Monats** von [Mutter von Julian Assange](#):

**Ich appelliere an alle Bürger,  
denen Freiheit, Demokratie und eine faire Gerichtsbarkeit wichtig sind,  
ihre politischen Differenzen beiseite zu legen  
und sich zusammenzuschließen.**

## Editorial

In dieser Nummer stellen wir zwei aktuelle politische Beiträge an den Anfang: Zunächst zeigt ein Vorschlag auf, wie die Forderungen der französischen **Gelbwesten** auch auf deutsche Verhältnisse übertragen werden können. Dann stellt ein Beitrag dar, dass die Folgen des **Brexits** keineswegs so negativ für die Wirtschaft des Vereinigten Königreiches wären, wie üblicherweise beschrieben; diesen Beitrag haben wir bzgl. seiner wesentlichen Punkte zusammengefasst, da er nicht in Deutsch verfügbar ist. Ein positives Beispiel aus England berichtet von einer Stadt, die sich mit **selbstbewusster Investitionspolitik** gegen die Macht des Finanzkapitalismus und für die Bedürfnisse ihrer Bürger zu behaupten versucht.

Es folgt das Schwerpunktthema **Israel**. Dazu bezieht sich Frau Leukefeld anlässlich des 70-Jahr-Jubiläums der UNO-Menschenrechtscharta kritisch auf die israelische Politik. In einem weiteren Artikel wird die soziale Situation in Israel beleuchtet. Und Mosche Zuckermann schildert, wie Kritik an der israelischen Politik durch das (buchstäbliche) Schlagwort des Antisemitismus zu verhindern gesucht wird.

Daniele Ganser rezensiert das Buch von Rainer Mausfeld und würdigt, wie darin generell die **Desinformation** als Strategie der Herrschenden dargestellt wird. Dieses Thema wird durch einen weiteren Beitrag von Prof. Mausfeld selbst vertieft. In zwei weiteren Artikeln wird dargestellt, was hinter den Kulissen geschieht: Aufrüstung der **Bundeswehr** im Rahmen der NATO durch eine neue Einsatztruppe mit sehr hoher Einsatzbereitschaft und Werbung auch bei Minderjährigen für die Bundeswehr auch durch Google, wogegen ein Kölner Aktionsbündnis Stellung nimmt. In dieses Bild passt eine Studie, die aufzeigt, wie in den USA seit Jahrzehnten ein **„stiller Staatsstreich“** zugunsten von Oligarchen und zuungunsten der Bevölkerung stattfindet.

Ein weiterer Schwerpunkt betrifft das **Gesundheitswesen**. Ralf Wurzbacher beschreibt, wie die **Privatisierung** zu einer Verschlechterung der Leistungen für die Bürger führt. Die politische Kampagne für eine Widerspruchslösung zur **Organspende** erfordert Aufklärung darüber, was Organspende konkret bedeutet. Dies schildert Doris Schultz mit erschreckenden Informationen. Positiv sind dagegen die Gründungen von **Ärztegenossenschaften**, die sich für eine bessere Versorgung vor allem durch Hausärzte bemühen. Ein sehr ermutigendes Beispiel zur **ärztlichen und psychologischen Versorgung** der Menschen in Simbabwe rundet unsere Ausgabe Januar 2019 ab.

[Inhalt](#) ↑

### • Norbert Häring: **Ein Gelbwestenprogramm für Deutschland 2019**

Norbert Häring hat [inspiriert durch die konkreten Forderungen der Gelbwesten](#) in Frankreich aufgeschrieben, was in Deutschland – aus seiner Sicht – konkret und schnell getan werden könnte, damit das Leben für die unteren drei Viertel der Menschen im Land besser wird. Die Liste beginnt mit der Verbesserung der finanziellen Möglichkeiten von Staat und Institutionen durch gerechter verteilte Steuern und Beiträge, um dann Verbesserungen für die weit gefasste Sozialpolitik vor allem hinsichtlich Bildung, Arbeitsmarkt und Abgaben zu benennen.

Die Kernsätze der Vorschläge sind: „Abgeordnete des Deutschen Bundestags, sorgen Sie, im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, dafür, ...

... dass große Unternehmen und Gutverdiener viel Steuern zahlen, kleine Unternehmen und Geringverdiener wenig!

...dass die Regierung ihre finanzielle Zwangsjacke ablegt und kein Geld ausgibt, um die Welt zu einem schlechteren Ort zu machen!

... dass Kinder unabhängig von der Herkunft faire Lebenschancen haben, niemand ökonomisch aussortiert wird und alle Menschen in Würde leben und alt werden können!

... dass auch Geringverdiener und Familien eine anständige Wohnung bekommen können!

... dass die Bundeswehr eine reine Verteidigungsarmee und Deutschland eine Friedensmacht wird.

... dass Deutschland solidarisch mit ärmeren Ländern in der EU und der Welt und mit Schutzbedürftigen umgeht!

... dass alle Bürger, nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land eine angemessene Gesundheitsversorgung bekommen!“

Der Autor gibt zu seinen Forderungen detailliertere Erläuterungen.

Anfang Dezember 2018 haben [Frankreichs Gelbwesten über 40 Forderungen formuliert](#) und entwickeln ihre Forderungen immer weiter (Red.).

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### ● Adam Creighton: **EU-Austritt ohne Abkommen wird Großbritannien kaum schwächen**

Der Artikel aus dem "Australier" wirft ein interessantes Licht auf die Wirklichkeit der EU und des geplanten Brexits. Der australische Wirtschaftsredakteur beleuchtet die Horrorszenarien, die uns den harten Brexit fürchten lassen sollen. Er kommt dabei zu ganz anderen Feststellungen als der Mainstream: Seit dem Votum für den Brexit ist die Wirtschaftsleistung Großbritanniens gestiegen, die Arbeitslosigkeit ist auf 4,1% gesunken, so niedrig wie seit 1970 nicht mehr.

Die Gegner des Brexits, hauptsächlich Personen mit hohem Einkommen aus dem Bereich der Medien, der Finanzen, der Universitäten und der Politik, müssen nach Meinung des Autors wieder zu sich kommen und das Ergebnis der Abstimmung akzeptieren. Selbst wenn es einige wirtschaftliche Rückschläge geben sollte, das Volk habe entschieden. Kein Horrorszenario wiege die Entscheidung des Volkes auf.

Creighton stellt fest:

- Die EU ist eine Regierung der Eliten durch die Eliten für die Eliten.
- Verträge mit anderen Ländern kann man auch außerhalb der EU schließen. Dafür gibt es genug Beispiele.
- Die Zeichen für den Zusammenbruch der EU mehren sich, wie die Zustände in Griechenland, Spanien, Italien und jetzt auch in Frankreich zeigen. Die EU wird nicht gegen die Statuten der Welthandelsorganisation gegen das Vereinigte Königreich vorgehen können.

Eine deutsche Übersetzung des Artikels liegt derzeit nicht vor. Das englisch-sprachige [Original](#) ist leider nicht kostenlos verfügbar. [Die französische Übersetzung](#) kann mit dem Übersetzungsprogramm [deepl.com](#) ins Deutsche geholt werden. (Red.)

[Adam Creighton](#) studierte Wirtschaftswissenschaften in Oxford; erste Tätigkeit bei der 'Reserve Bank of Australia', danach preisgekrönter Wirtschaftsjournalist mit besonderem Interesse an Steuer- und Finanzpolitik; wurde 2017 in den 'National Archives of Australia Advisory Council' berufen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Erik Albrecht: **Englische Stadt hat genug vom Kapitalismus**

Großbritannien ist das Land der Privatisierung: Bahn, Gefängnis, Verwaltung, alles privat. Aber es läuft nicht gut.

Seit 2011 versucht man es in der britischen Stadt Preston anders, [ohne große Investoren und multinationale Konzerne sondern mit lokalen Unternehmen](#). So wurde ein neues Studentenwohnheim von der Pensionskasse der Angestellten der Stadt gebaut. Auch die beiden Markthallen wurden durch Menschen und Unternehmen in Preston geplant und baulich umgesetzt, immerhin ein Projekt von insgesamt 3 Mio. Pfund.

Der Stadtrat für Wirtschaftsförderung brachte mittlerweile sieben solcher sogenannter Anker-Institutionen in Preston an einen Tisch, um über Investitionen zu entscheiden. Neben dem Pensionsfonds sind das: die Verwaltungen von Stadt und Grafschaft, die Universität, die Polizei, das Krankenhaus sowie die größte Wohnungsgenossenschaft mit über 6'000 Häusern in der Stadt. Gemeinsam verwalten sie ein Jahresbudget von umgerechnet etwa 850 Mio. Euro. Heute geben sie doppelt so viel davon in der Grafschaft Lancashire aus wie noch vor sechs Jahren, obwohl Preston aufgrund der Sparpolitik Londons 30% seiner Haushaltsmittel eingebüßt hat.

Aufträge werden nicht an den billigsten Anbieter vergeben, sondern danach, was der lokalen Wirtschaft am meisten nutzt bzw. einen "sozialen Mehrwert" bringt.

Preston gehört immer noch zu den 20 Prozent der ärmsten Gemeinden Englands. Die Stadt hat wieder mehr Einfluss auf seine wirtschaftliche Entwicklung genommen und ist mit seinem Aufschwung Inspiration für viele abhängige Städte. Das Modell von Preston wird als linker Gegenentwurf zu herkömmlicher Wirtschaft, zum derzeitigen Finanzkapitalismus diskutiert und ist eine Möglichkeit, das Ungleichgewicht zwischen London und dem Rest des Landes ein wenig auszugleichen.

[Erik Albrecht](#), Jg. 1979, studierte Journalistik und Physik; berichtet für verschiedene Medien als freier Hörfunk-, Print- und Agenturjournalist; [Co-Autor](#) des Buches "Die heimlichen Revolutionäre". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **70 Jahre UNO-Menschenrechtscharta**

Karin Leukefeld nimmt das 70-Jahres-Jubiläum der UN-Menschenrechtserklärung zum Anlass, um die Worte an der Realität zu prüfen. Sie tut dies am Beispiel des Nahen Ostens, wo der Staat Israel ebenfalls sein 70-Jahres-Jubiläum gefeiert hat. [Die Bilanz ist enttäuschend](#). Nicht nur werden die Menschenrechte, seit sie formuliert wurden, praktisch missachtet und von Machtinteressen beiseitegeschoben, was mit empörenden Beispielen in Erinnerung gerufen wird. Sie werden auch propagandistisch missbraucht, um die eigenen Machtinteressen als das Durchsetzen von Menschen- und Völkerrecht erscheinen zu lassen.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Shir Hever: **Israel zwischen Neoliberalismus und Kolonialismus**

Die Ungleichheit der Einkommen in Israel war bis 1966 niedriger als in den meisten europäischen Ländern. Der Aufstieg des Neoliberalismus, die Privatisierung und die tiefen Einschnitte bei den Sozialleistungen ab den 70er Jahren führten zu einer schnell steigenden Ungleichheit. Ab 1985 wurde das Sozialsystem in Israel durch den sog. Stabilisierungsplan weitgehend abgebaut. Der Plan sollte damals die hohe Inflation und die grassierende Wirtschaftskrise beenden.

Der [Anstieg der Ungleichheit hält bis heute an](#) und führt allein bis 2016 zu der zweithöchsten [Armutrate nach OECD-Definition](#) von 0,177 (USA 0,178 in 2016, Deutschland 0,101 in 2015). Die von der OECD gesammelten Daten basieren auf den Berichten der Mitgliedsländer. Doch Israel berichtet nur von seinen 8,5 Millionen Bürgern und unterschlägt die Existenz der 4,5 Millionen Palästinenser, die unter israelischer militärischer Besatzung leben (siehe [OECD-Anmerkung zur Tabelle](#)).

Ungleichheit und Armut sind in Israel in hohem Maß von Nationalität, Religion und Alter beeinflusst. Nach Erhebungen der Israelischen Nationalen Versicherungsagentur lag die Armutsrate bei den ultraorthodoxen Juden bei 45,1%, bei den arabischen Israelis bei 49,2% – das ist mehr als doppelt so viel wie im Durchschnitt der Bevölkerung.

*[Shir Hever](#), Jg. 1978, ist Spezialist für Wirtschaftsfragen in Israel und Palästina; er untersucht ökonomische Aspekte und Auswirkungen der israelischen Besatzung der palästinensischen Territorien sowie der Kampagnen für 'Boykott, Desinvestment und Sanktionen' (BDS) gegen Israel. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Mosche Zuckermann: **Der allgegenwärtige Antisemit oder Die Angst vor der Vergangenheit**

In seinem neuen Buch geht es [Moshe Zuckermann als Sohn von Shoah-Überlebenden](#) weniger um den Antisemitismus an sich, der die Realität völlig aus dem Blickfeld des Diskurses geraten lässt als um eine ehrliche Auseinandersetzung mit der deutsch-israelischen Geschichte und mit Israel und dessen Politik.

[Zuckermann wurde selbst schon als "Antisemit" bezeichnet](#), wie er bei der Buchvorstellung in Berlin ausführte. Durch Nutzen dieses Vorwurfs für "fremdbestimmte Interessen" werde "ein weiteres Mal der Kampf gegen den Antisemitismus verraten". Es sei höchste Zeit, endlich zu begreifen, "dass Judentum, Zionismus und Israel drei Paar Schuhe sind. Das heißt negativ gewendet, dass Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik drei Paar Schuhe sind."

Im Buch führt Zuckermann aus: "[Wenn Israelkritiker als Antisemiten apostrophiert werden](#), wird ein Israel in Schutz genommen, welches die systematische Unterdrückung eines anderen Volkes betreibt, eine Unterdrückung, die Israel zum Täter werden lässt – mag es sich noch so sehr ideologisch selbstviktimisierend als Opfer darstellen."

Der Missbrauch und die Banalisierung, die der Begriff des Antisemitismus wie auch die Anrufung von Auschwitz erfahren haben, steht – das betont Zuckermann – [im Widerspruch zu dem großen Beitrag der Juden für die Emanzipation der Völker und die Demokratie](#). (Video zur Berliner Buchvorstellung, 0h31) – Das Buch ist insbesondere am Anfang nicht immer einfach zu lesen. Aber es lohnt sich, sich durchzubeißen (so [Christian Müller](#)).

*[Moshe Zuckermann](#), Jg. 1949, lebte von 1960 bis 1970 in Frankfurt/M., studierte nach Rückkehr nach Israel Soziologie, Politologie und Geschichte in Tel Aviv, promovierte 1987 in deutscher Geschichte; leitet seit 2000 das Institut für deutsche Geschichte in Tel Aviv. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Daniele Ganser: **Der Kampf um unsere Köpfe**

Daniele Ganser rezensiert das Buch "Warum schweigen die Lämmer?" von Rainer Mausfeld. In dem Buch hebt Mausfeld besonders die drei Techniken [Informationsflut, Fragmentierung und Dekontextualisierung](#) hervor.

Informationsflut führt beim Bürger zur Illusion des Informiertseins, wenn er sich täglich von mehreren Medien informieren lässt, ohne die verschiedenen Darstellungen wach und kritisch miteinander zu vergleichen. Bei der 'Fragmentierung' von Information bleiben dem Bürger einzelne Fakten und vor allem das Gesamtbild eines Vorgangs verborgen, außer er recherchiert dies selbst. Mit der 'Dekontextualisierung' werden Informationen bewusst aus dem Sinnzusammenhang

gerissen, z.B. indem die Vorgeschichte eines Ablaufs verschwiegen wird oder ein Ereignis in ein nicht zugehöriges Umfeld eingebettet wird.

Für Ganser geht es Mausfeld darum, den Bürgern zu erklären, wie unsere Gedanken und Gefühle durch skrupellose Eliten gelenkt werden. Seine Arbeit sei wichtig und wertvoll. Ganser weist daraufhin, dass Mausfeld auf Wikipedia an den Pranger gestellt wird, weil seine Beiträge stark populistische und verschwörungstheoretische Züge aufweisen würden. Aber Beweise werden dafür nicht geliefert.

*[Daniele Ganser](#), Jg. 1972, ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik, sowie Energie- und Friedensforscher. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Rainer Mausfeld: Dissensmanagement durch Zersetzung und Spaltung**

Dass eine Minderheit von Besitzenden über die Mehrheit der Nichtbesitzenden herrschen kann, ist nur durch Beherrschung der Meinung möglich. Um sich im Volk aufbauendes politisches Veränderungsbedürfnis zu neutralisieren bzw. zu spalten und zu zersetzen, werden seit Beginn des 20. Jahrhunderts Psychologie und Sozialwissenschaften genutzt.

Die Verfeinerung dieser Methoden hat im Neoliberalismus einen neuen Höhepunkt erreicht. Besonders wirksam ist es, moralische und humanitäre Werte mit imperialen und ökonomischen Interessen zu verknüpfen, um letztere durchsetzen zu können. So geschieht dies bei dem "Kampf für Demokratie und Menschenrechte", dem "Kampf gegen den Terror" oder dem "Recht humanitärer Interventionen".

Auch die neoliberale Konzeption von Globalisierung oder das Migrationsmanagement auf der Basis des UN-Migrationspaktes sind derartige Verklammerungspakete. Da der Neoliberalismus Demokratie als eine Art Marktstörung auffasst, ist er weltweit der vehementeste Gegner demokratischer Organisationsformen. Zudem ist es nicht möglich, den modernen Verfassungsbegriff auf eine Weltgesellschaft anzuwenden, da es keinen globalen "demos" und somit [keinen globalen Träger einer demokratischen gesetzgeberischen Souveränität gibt](#). Die Idee einer demokratischen Gestaltung eines politischen Gemeinwesens wird auf globaler Ebene zwangsläufig völlig inhaltsleer, denn dort geben die Zentren international operierender wirtschaftlicher Macht die Gesetze selbst vor, ohne einer demokratischen Kontrolle oder Rechenschaftspflicht zu unterliegen.

Demokratie und mit ihr mühsam erkämpfte zivilisatorische Errungenschaften - wie der Sozialstaat und die mit ihm verbundenen Mechanismen einer Begrenzung von Exzessen kapitalistischer Akkumulation - sind auf die Ebene einzelstaatlicher Organisationsformen angewiesen. Auf globaler Ebene sind demokratische Legitimationsformen unmöglich.

*[Rainer Mausfeld](#), Jg. 1949, Hochschulprofessor für Allgemeine Psychologie an der Universität Kiel. Seine Schwerpunkte sind Wahrnehmungspsychologie und Kognitionswissenschaft. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Paul Linke: Deutschland als NATO-Speerspitze: "Weitere Aufrüstung und Eskalation mit Russland"**

Die Bundeswehr hat am 01.01.2019 die Führung der "Very High Readiness Joint Task Force" (VJTF; deutsch: Einsatzgruppe mit sehr hoher Einsatzbereitschaft) der NATO übernommen. Die Truppe soll aus 8'000 Soldaten bestehen - davon stellt die Bundeswehr rund 4'000 Kräfte. Diese VJTF ist bei der Aufrüstung der NATO seit der Krim-Krise das zentrale Projekt und führt nach MdB Tobias Pflüger zur Eskalation.

Die [geforderte Einsatzbereitschaft führt zu hohen Kosten](#), die insbesondere von Deutschland als Haupttransitland für die Truppen- und Materialbewegungen zu tragen sind. Da die Bundeswehr voll einsatzfähig ist, sieht Pflüger keinen Grund, die Bundeswehr besser auszustatten.

*Paul Linke ist freier Journalist. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Aktionsbündnis fordert Google auf, Bundeswehr-Werbung bei YouTube zu stoppen**

Das Kölner Aktionsbündnis gegen die Rekrutierung Minderjähriger durch die Bundeswehr kritisiert in einem Brief den Konzern Google dafür, dass dieser Werbung der Bundeswehr auf seiner Plattform YouTube zugelassen hat. So verstoße Werbung für eine Ausbildung zu tödlicher Gewalt gegen die eigenen Werberichtlinien. Diese Art der Werbung stehe auch im [Widerspruch zu Forderungen des UN-Kinderrechtsausschusses](#) sowie der Kinderkommission des Deutschen Bundestages.

[Inhalt](#) ↑

- **F. William Engdahl: Die USA haben sich in eine Oligarchie verwandelt**

In einer neueren Studie zweier Professoren über den Einfluss sehr wohlhabender oder wirtschaftlich mächtiger US-Amerikaner auf die Politik der USA wird zum ersten Mal deutlich, dass auch in den USA ein bereits unter Reagan beginnender, schon drei Jahrzehnte andauernder stiller Staatsstreich stattgefunden hat, mit dem sich Oligarchen entscheidenden Einfluss auf die Außen- und Innenpolitik der USA verschafft haben.

[Die US-Oligarchie hat heute die Macht, über Krieg und Frieden zu entscheiden](#) und ist für die Unordnung auf unserem Planeten verantwortlich. Anschließend stellen die Autoren fest, dass die Mehrheit der US-Bevölkerung tatsächlich sehr wenig Einfluss auf die Politik unserer Regierung hat.

*F. William Engdahl, Jg. 1944, seit über 30 Jahren wissenschaftlich und journalistisch tätig; Arbeiten über verschiedene Aspekte internationaler Öl-, Energie- und Wirtschaftspolitik in unterschiedlichen Büchern, Magazinen und Zeitschriften veröffentlicht. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Ralf Wurzbacher: Der verkaufte Patient**

Die 'Unabhängige Patientenberatung Deutschland' ([UPD](#)) [gehört neuerdings 'Careforce', einem Dienstleister der Pharmaindustrie](#). Der Übergang erfolgte in einem verwirrenden Vorgang, während dem neue Gesellschaften (z.T. mit gleichen Namen in der Schweiz und in Deutschland, aber unterschiedlichen Eignern) gegründet und Gesellschaftsanteile immer wieder verschoben wurden. Die Öffentlichkeit wurde im Dunkeln gelassen, obwohl der Vertragspartner der UPD der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) ist.

Ursprünglich gehörte die UPD einem Dienstleister der Krankenkassen. Die UPD hat einen "gemeinnützigen" Zweck zu erfüllen und soll in gesetzlichem Auftrag hilfeschuchende Privat- und Kassenpatienten bei Konflikten mit Ärzten, Krankenversicherungen und Kliniken unterstützen.

Der Sozialverband VdK Deutschland monierte "fehlende Transparenz" und die Nähe der neuen Eigner zur pharmazeutischen Industrie. Der VdK findet: "Das lässt sich nicht mit dem Konzept einer unabhängigen und neutralen Beratungsstelle vereinbaren."

Der ehemalige UPD-Bundesgeschäftsführer Sebastian Schmidt-Kaehler findet, dass die Unabhängigkeit der Beratung einer UPD im Besitz der Careforce GmbH "stark bezweifelt" werden muss. Insbesondere die sozial Benachteiligten und Migranten werden darunter leiden, die schon über Verfahrensvorschriften bei der Inanspruchnahme der UPD abgehalten werden. Zudem sind die Zuwendungen an die UPD durch die Krankenversicherungen (GKV & PKV) seit der

Übernahme um 55% gestiegen, während auf der Ausgabenseite insbesondere die Bezahlung der IT-Leistungen an den Besitzer ins Gewicht fallen.

*Die vorlaufenden Artikel, auf die sich der Autor bezieht sind [hier](#) und [hier](#) zu finden (Red.).*

*[Ralf Wurzbacher](#), Jg. 1973, freischaffender, konsumkritischer und antikapitalistischer Journalist mit Schwerpunkt Bildungs- und Hochschulpolitik. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Doris Schultz: **Mein Körper gehört mir**

Das Thema Organspende wird immer wieder öffentlich diskutiert. Zuletzt forderte Gesundheitsminister Spahn, dass jeder Mensch, der nicht nachweislich widersprochen hat, als potenzieller Organspender zu betrachten sei. Nicht wenige Verbände und Politiker unterstützen dieses Anliegen, da es eben zu wenige Spenderorgane gäbe.

[Über die Organspendenpraxis wird einseitig berichtet und viel Leid verschwiegen](#). Doris Schultz hat näher hingeschaut und Folgendes festgestellt: Bislang unterschied die Medizin zwischen dem klinischen Tod (gekennzeichnet durch das Fehlen von Atmung, einen Herz-Kreislauf-Stillstand, fehlenden Puls an der Halsschlagader, maximale Pupillenerweiterung, fehlende Pupillenreaktion, fehlende Reflexe, keinen Muskeltonus, Blässe bis Blaufärbung der Haut, Abnahme der Körpertemperatur und ein-geschränkte Möglichkeit der Reanimation) und dem biologischen Tod (gekennzeichnet durch Totenflecken, Totenstarre, Selbstauflösung und Irreversibilität). Den klinischen wie den biologischen Tod kann jeder intuitiv erkennen.

Hirntote wirken dagegen wie schlafende Menschen; bei Hirntoten muss der Tod von Großhirn, Kleinhirn und Hirnstamm neurologisch festgestellt worden sein, aber eine Rückkehr ist in vielen Fällen möglich. Um zu entnehmende Organe nicht zu schädigen, wird durch kontrollierte Beatmung die Herz- und Kreislauffunktion noch künstlich aufrechterhalten. Der Zeitdruck zur schnellen Organentnahme macht eine Sterbebegleitung eines hirntoten Spenders unmöglich. Um Schmerzempfinden, plötzliche Bewegungen, einsetzende Spontanatmung auszuschließen, werden dem Spender meistens (nicht immer) Opiate oder Schmerzmittel oder Narkose verabreicht. Während der aufwendigen operativen Vorbereitung der Organentnahme darf es erst zum Herzstillstand kommen, wenn das Konservieren des zu entnehmenden Organs durch Infusion eiskalter Flüssigkeit begonnen hat, sonst muss der Spender reanimiert werden. Angehörige, die sich vom wieder zugenähten Leichnam verabschieden, berichten oftmals von verzerrten, leidvollen Gesichtsausdrücken ihrer Verstorbenen.

Darum hat der Transplantationsmediziner Prof. Rudolf Pichlmayr gesagt: "Wenn wir die Gesellschaft über die Organ-spende aufklären, bekommen wir keine Organe mehr". Anders ausgedrückt: Um die Entnahme von Organen wie Herz, Nieren, Lunge u.a.m. zu ermöglichen, muss an der Konstruktion des Hirntods festgehalten werden, auch wenn sich etliche Patienten mit Merkmalen des Hirntods wieder erholt haben. Kommt der zeitliche Druck der rechtzeitigen Organentnahme hinzu, steigt die Wahrscheinlichkeit von Fehlern bei der Hirntoddiagnose.

Das "Spenden" ist mit vielfältigem Leid, manchmal auch mit unnötigem Tod des für unlebenswert erklärten Spenders verbunden. Die mit Unsicherheiten behaftete Entscheidung führt bei Spendern, Empfängern, Angehörigen, Ärzten und Pflegern zu Zweifeln, Zerrissenheit und Fragmentierung von Gefühlen. Sie ist eine Zumutung – die der Gesundheitsminister nun erzwingen will, indem er alle Bürger zu Spendern erklärt, wenn sie nicht explizit der Organentnahme widersprechen.

*[Doris Schultz](#), Jg. 1968, Hobby-Journalistin; freie Dozentin für Themen der Gesellschaft, Gesundheit, Philosophie und Politik mit dem Anliegen, dass das Wissen im Fluss bleibt, den einzelnen wach hält und die Menschen verbindet. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **aerzteblatt.de: Rheinland-Pfalz sieht Genossenschaft als Modell für Landarztpraxen**

Nach zwei Jahren Streit um Haftungsfragen konnte die Ärztegenossenschaft 'Medicus Eifler Ärzte e.G.' in Bitburg [mit Genehmigung und Unterstützung der Landesregierung Rheinland-Pfalz Anfang Januar 2019 ihre Arbeit aufnehmen](#).

Die Genossenschaft ermöglicht jungen Medizinerinnen bei einem der niedergelassenen Mitglieder der Genossenschaft als Angestellte bei der ärztlichen Versorgung der Region [mitzuarbeiten, ohne schon selbst in eine eigene Praxis investieren zu müssen](#). Die [Arbeitszeitmodelle sind flexibel](#). Eine spätere Praxisübernahme ist nicht ausgeschlossen, zumal [bald 60% der Hausärzte in Ruhestand](#) gehen werden.

Im April 2016 konnte die [Ärztegenossenschaft 'PriMa' in Hessen](#) die Zertifizierung durch die Kassenärztliche Vereinigung erreichen.

Im Dezember 2018 wurde in der baden-württembergischen [Stadt Tengen eine Ärztegenossenschaft](#) gegründet, um die unzureichende ärztliche Versorgung ohne ortsfremden Investor zu lösen.

[Inhalt](#) ↑

- **Isabell Stettin: Die Weisheit der alten Frauen**

In Simbabwe besteht neben großer wirtschaftlicher Not auch eine unzureichende gesundheitliche Versorgung. Menschen, vor allem Frauen, mit psychischen Problemen erhalten wenig Hilfe. Der Psychiater Dixon Chibanda hatte eine Idee, wie das geändert werden kann: Er unterstützt Großmütter, die sich um hilfsbedürftige, oft depressive Frauen kümmern.

Die "Institution" sind ["Freundschaftsbänke", auf denen die Großmütter sitzen](#), um mit hilfsbedürftigen Menschen zu sprechen, ihnen zuzuhören, sie zu ermutigen und praktische Hilfen zu geben. "Mehr als 34'000 Menschen besuchten in den vergangenen Jahren eine Freundschaftsbank... Die Erfolge sind so beeindruckend, dass Freundschaftsbänke längst nicht mehr nur in Simbabwe stehen.

Chibanda hat Laien in Malawi und in Sansibar ausgebildet. ... Die Arbeit des Psychiaters könnte zum Modell werden, wie in armen Ländern Menschen mit psychischen Erkrankungen geholfen werden kann."

Der Artikel beschreibt eindrucksvoll an Beispielen, wie damit sowohl den Großmüttern als auch den Hilfesuchenden Lebensmut gegeben wird.

[Isabell Stettin](#), Jg. 1991, studierte Kommunikationswissenschaft, Politik und Philosophie studiert; arbeitet als [freie Journalistin](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑